
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid
Schützenstraße 62
42853 Remscheid

Telefon 0 21 91/951 36 82
Fax 0 21 91/951 37 31
Email fraktion@dielinke-remscheid.de

Drucksache **16/2075**

Internet www.dielinke-remscheid.de

Antrag
der Fraktion

Begleit Antrag/Änderungen zur Remscheider Nachhaltigkeitsstrategie

Beratungsfolge

	Gremium	Sitzungstermin	Beratungsform
1	Hauptausschuss und Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Digitalisierung und Finanzen	20.01.2022	Vorberatung
1	Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Mobilität	27.01.2022	Vorberatung
1	Ausschuss für Bauen, Umwelt, Stadtentwicklung, Klimaschutz	01.02.2022	Vorberatung
1	Rat	10.02.2022	Entscheidung
1	Ausschuss für Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung	22.02.2022	Vorberatung

Öffentlichkeit

Die Beratung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Mast-Weisz,

die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Remscheid bittet Sie, folgenden Begleit Antrag bzw. Änderungen zur geplanten Nachhaltigkeitsstrategie auf den oben genannten Sitzungen auf die Tagesordnung zu nehmen und zur Abstimmung zu stellen:

(Unterstrichene Sätze sind Neuformulierungen)

zu 3.1

1. Operatives Ziel 3.1.3 wird wie folgt verändert: „Bis zum Jahr 2023 wird eine Stellplatzsatzung nach § 48 BauO NW aufgestellt. Ziel der Satzung ist u.a. die bessere Anpassung an den Klimawandel durch Reduzierung der bebauten Parkflächen, die Entlastung der innerstädtischen Einzelhändler sowie Förderung innovativer Mobilitätskonzepte.“

Zu 3.4

1. Operatives Ziel 3.4.3 wird wie folgt geändert: „Bis zum Jahr 2025 hat die Stadt Remscheid ein effektives Müllvermeidungs- und beseitigungskonzept entwickelt.“
2. Maßnahme 3.4.3.2 wird hinzugefügt: „Bis zum Jahr 2025 wird das entsprechende Konzept entwickelt. Neben den schon bestehenden und verstetigten Informationskampagnen, soll nach dem Prinzip „fördern und fordern“, das Konzept eine Verbesserung der Müllbeseitigungsinfrastruktur, ein strengerer Bußgeldkatalog für Mülldelikte sowie bessere Kontrollen und eine bessere Involvierung Gewebetreibender (besonders aus dem Lebensmitteleinzelhandel) bei der Müllbeseitigung beinhalten.“

zu 3.5

1. Strategisches Ziel 3.5 wird wie folgt verändert: „Im Jahr 2025 ist in Remscheid ein Flächenmanagementsystem soweit implementiert, dass bei der Abwägung und Entscheidungsfindung über die Frage weiterer möglicher Flächeninanspruchnahmen die Ökosystemleistungen von Grüner Infrastruktur verbindlich mitberücksichtigt werden.“
2. Operatives Ziel 3.5.1 wird wie folgt verändert: „Bis zum Jahr 2025 werden alle versiegelten und unversiegelten Flächen sowie der jährliche Flächenverbrauch ermittelt, um die nun beginnende Zieldiskussion über Flächeninanspruchnahmen mit konkreten Zahlen und Daten zu begleiten. Kurzfristiges Ziel ist eine vom Status-Quo des Versiegelungsgrad ausgehende „Netto-Null-Versiegelung“ von Naturflächen im Stadtgebiet. D.h. sollten von städtischer Seite her Naturflächen in Anspruch genommen werden, müssen im gleichen Maße bereits versiegelten/bebaute Flächen entsiegelt und renaturiert werden (Festsetzung Kompensation 3.5.1.2). Dies gilt auch für städtische Tochterfirmen oder beim Verkauf städtischer Grundstücke zum Zweck der Bebauung durch private Investoren. Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht weiter zulasten der ökologisch nachhaltigen Entwicklung geschehen. Sie muss schon jetzt vom Naturflächenverbrauch unabhängig werden.“
Nachhaltige Entwicklung und Entwicklungserfordernisse des Wirtschaftsstandortes dürfen nicht miteinander konkurrieren, sondern müssen gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Zu 3.6

1. Operatives Ziel 3.6.1 wird wie folgt erweitert: „Bis zum Jahr 2023 soll das Stadtbaumkonzept für Remscheid als Handlungsleitfaden erstellt sein. Ziel des Konzepts ist nicht nur ein verbesserter und erweiterter Bestandsschutz grüner Infrastruktur, sondern insbesondere auch eine qualitative und quantitative Erweiterung Innerstädtischen Grüns.“

Zu 4

1. Folgendes Strategisches und operatives Ziel sowie Maßnahme werden ergänzt:
Strategisches Ziel 4.4: „Bis zum Jahre 2025 hat sich die gesundheitliche Situation der Bürgerinnen und Bürger in Remscheid deutlich verbessert.“

Operatives Ziel 4.4.1: *„Bis zum Jahr 2024 sind die Gründe für die im AOK-Bericht festgehaltene gesundheitlich vergleichsweise negative Situation der Remscheider:innen wissenschaftlich erforscht. Präventive Gegenmaßnahmen werden eingeleitet.“*

Maßnahme 4.4.1.1: *„Die Verwaltung veranlasst noch im Jahr 2022 eine wissenschaftliche Studie, die die Ursachen der vergleichsweise schlechten gesundheitlichen Situation vieler Remscheider:innen untersucht und leitet aus den Ergebnissen Maßnahmen zur kurz- und langfristigen Verbesserung dieser Situation ein, die sie den entsprechenden Gremien vorlegt.“*

Zu 5

1. Operatives Ziel 5.3.2 wird wie folgt verändert: Im Jahr 2023 wird ein qualifiziertes und betreutes „Online-Bürger-Beteiligungsportal“ etabliert. [...]
2. Folgende Strategische und operative Ziele sowie Maßnahmen werden ergänzt:
Strategisches Ziel 5.6: *„Die Gleichberechtigung, Chancengleichheit und paritätische Teilhabe für alle Geschlechter und in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist in Remscheid bis 2030 verwirklicht und gelebte Realität.“*

Operatives Ziel 5.6.1: *„Ab dem Jahr 2025 wird der Anteil der Frauen in kommunalpolitischen Gremien und in Führungspositionen der Verwaltung und Wirtschaft in Remscheid deutlich gesteigert.“*

Maßnahme 5.6.1.1: *„Bis zum Jahr 2025 liegen von Stadtverwaltung und von Akteuren in der Wirtschaft in Remscheid Konzepte vor, die die Förderung von Frauen in Führungspositionen und die Förderung von Diversität in der Wirtschaft und in der Stadtverwaltung beinhalten.“*

Begründung:

zu 3.1: Die Möglichkeit der Erstellung einer neuen Stellplatzsatzung sollte genutzt werden, um eine ökologisch nachhaltigere Entwicklung voranzutreiben, den innerstädtischen Einzelhandel zu entlasten und zu beleben sowie moderne Mobilitätskonzepte und -praktiken zu fördern und zu entwickeln. Das geht nur durch Verringerung von PKW-Stellplätzen. Dies sollte in der Nachhaltigkeitsstrategie eine klare und eindeutige Forderung sein. Schließlich ist der Verkehrssektor direkt und indirekt der Bereich, indem in den letzten Jahren kaum nennenswerte Fortschritte im Sinne der Nachhaltigkeit entstanden sind – ganz im Gegenteil.

Die Verpflichtung zur Bereitstellung von Parkflächen für PKW muss reduziert bzw. gewandelt werden. Einige Kommunen sind in dem Bereich schon kreativ geworden. PKW-Stellplätze könnten beispielweise durch Nähe zum ÖPNV reduziert und/oder durch Fahrradstellplätze oder Grünflächen/Begrünungen teilersetzt werden. Dies wäre nicht nur ein ökologischer Gewinn, sondern würde auch vielen kleineren Einzelhändler:innen finanziell zugutekommen.

Zu 3.4: Die alleinige Verstetigung schon bestehender Ansätze im Rahmen von Informationskampagnen, sind kein Fortschritt in Bezug auf die Müllproblematik. Zumal man sich eingestehen muss, dass laufende Kampagnen nicht zur Reduzierung von Müll im öffentlichen Raum geführt haben. In den letzten Jahren ist das Problem leider schlimmer geworden. Neben Bildungs- und Informationskampagnen, braucht Remscheid eine bessere Müllbeseitigungsinfrastruktur im öffentlichen Raum (z.B. Aschenbecher) sowie bessere Kontrollen und härtere Strafen bei Müllbeseitigungsdelikten.

Zu 3.5: Die Flächenpolitik ist einer der wenigen Handlungsfelder, in denen die Stadt selbstbestimmt agieren kann und darüber hinaus ist sie ökologisch äußerst relevant. Im Zuge des fortschreitenden Klimawandels und des Artensterbens, werden naturnahe Fläche immer wertvoller – auch für den Menschen. Zwar lässt sich der Wert von Naturräumen nicht gänzlich monetär bewerten, doch gibt es bereits Ansätze und Methoden einigen der Dienstleistungen, die die Natur für uns bereitstellt, zumindest einen ungefähren Geldwert zuzuordnen. Auch im Sinne der ökonomischen Nachhaltigkeit ist es daher dringend erforderlich dies bei der Abwägung möglicher Flächeninanspruchnahmen zu berücksichtigen. Dieses Prozedere sollte und kann möglichst vor 2025 etabliert werden und nicht erst dann, wenn es kaum noch Naturflächen zu bewerten gibt.

Darüber hinaus sollte jedem und jeder bewusst sein, dass eine auf Flächenverbrauch basierende Wirtschaftsentwicklung in einem begrenzten Stadtgebiet früher oder später an seine Grenzen stößt. Spätestens dann braucht man Alternativen zur aktuellen Wachstumspolitik. Anstatt dieses Problem auf die kommenden Generationen abzuwälzen, die ohnehin schon mit stärkeren Umweltproblemen zu kämpfen haben werden, muss jetzt nach Alternativen gesucht werden. Um Ökonomie und Ökologie wirklich in Einklang zu bringen, brauchen wir in Remscheid eine echte Netto-Null-Flächenpolitik, statt eines euphemistischen Bekenntnisses der „gleichmäßigen Berücksichtigung“, welches der wirtschaftlichen Entwicklung in der Realität den absoluten Vorrang gibt – wie in der Vergangenheit beobachtet werden konnte. Ansonsten drohen auch in diesem Papier angekündigte Vorhaben wie das sogenannte „Schwammstadtkonzept“ oder die Biodiversitätsstrategie ad absurdum geführt zu werden.

Zu 3.6.: Remscheid hatte in den letzten Jahren einen massiven Nettoverlust von geschützten Stadtbäumen zu beklagen. Der Verlust von nicht geschützten - aber ebenso wertvollen - Bäumen ist nicht beziffert, aber vermutlich noch höher. Um unsere Stadt angemessen an die sich verändernden klimatischen Bedingungen anzupassen, müssen wir den aktuellen Baumbestand nicht nur besser schützen, pflegen und/oder Baumarten sukzessive durch widerstandsfähigere Baumarten ersetzen, sondern eben auch die genannten Verluste durch Nachpflanzungen wiederreinholen. Dafür benötigt es eine strengere Baumschutzsatzung – auch um nötige Gelder für Nachpflanzungen zu generieren. Die Verpflichtung zur Aufforstung im innerstädtischen Bereich sollte so auch deutlich in der Nachhaltigkeitsstrategie benannt werden.

Zu 4: „Gesundheit und Wohlergehen“ ist eines von 17 Zielen der nachhaltigen Entwicklung der Agenda 2030. Angesichts der Tatsache, dass den Remscheider:innen im letzten AOK-Bericht ein vergleichsweise schlechter Gesundheitszustand attestiert wird, ist dieses Thema in der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt eher unterrepräsentiert. Um die Gesundheit unserer Mitbürger:innen zu verbessern, müssen zunächst einmal die Ursachen der Probleme analysiert werden, um dann angemessen entgegenwirken zu können. Zumindest zu der Ursachenforschung, sollte sich die Stadt über die Nachhaltigkeitsstrategie verpflichten.

Zu 5: 1. Die Verwaltung prüft auf Antrag der Fraktion DIE LINKE bereits seit über einem Jahr die Möglichkeit und Auswahl eines digitalen Bürgerbeteiligungstools (z.B. Consul). Es gibt Angebote von kostenlosen und quasi nutzungsfertigen Tools. Kommunen können sowohl Beratung als auch Hilfe bei der Implementierung in Anspruch nehmen. Vor diesem Hintergrund wäre zumindest bei der Auswahl ein ambitionierterer Zeitplan wünschenswert.

2. In der ausgearbeiteten Nachhaltigkeitsstrategie fehlen konkrete Ansätze für die Gleichstellung der Geschlechter, obwohl dies in den 17 Zielen für Nachhaltige Entwicklung ebenfalls ein zentraler Baustein ist (SDG 5: Geschlechtergerechtigkeit -> „Frauen sollen gleichberechtigt am politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben teilhaben können“¹) und in Remscheid immer noch ein konkretes Problem darstellt. Dies wird auch sichtbar beim Anteil von Frauen in den politischen Gremien der Stadt und den Führungspositionen der Verwaltung. Daran muss sich etwas ändern und dies sollte als Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit auch in

¹ <https://www.bmz.de/de/agenda-2030/sdg-5> (zuletzt abgerufen am 11.01.22)

der Nachhaltigkeitsstrategie klar und deutlich verankert und mit konkreten Maßnahmen hinterlegt sein.

Remscheid, den 13. Januar 2022

Brigitte Neff-Wetzel
Fraktionsvorsitzender

Martin Klück
Ausschuss für Bauen, Umweltschutz, Stadtentwicklung, Klimaschutz

Colin Cyrus
Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Mobilität